

Freie Presse

Zeitungspreis: 10 Pfennige. Sonntagszeitung 20 Pf. — Einband 50 Pf.
Die einzige Zeitung, die die tatsächlichen Geschehnisse
ausführlich und unverfälscht berichtet.

Zeitungspreis: Die Zeitung erscheint täglich zweimal. Montag bis Freitag. Die Zeitung
in Lodz und Umgebung täglich 1 Taler 50 Pfennige. Sonntagszeitung 20 Pf.
Bei Postausgabe 1 Taler 40 Pfennige. 20 Pf. Sonnabend.

Nr. 138

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

Deutschlands Antwort an die Alliierten.

Nachstehend bringen wir den Wortlaut der Note, die die deutsche Delegation am 25. d. M. dem Präsidenten der alliierten Friedenskonferenz überreicht hat.

„Herr Präsident! Der Inhalt des Schreibens Ew. Exzellenz vom 20. Mai über die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für die Folgen des Krieges, zeigte der deutschen Friedensdelegation, daß die alliierten und assoziierten Regierungen es vollständig missverstanden, indem die deutsche Regierung und das deutsche Volk sich mit der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November stillschweigend einverstanden erklärt. Um dieses Missverständnis aufzulösen, sieht sich die deutsche Delegation genötigt, den alliierten und assoziierten Regierungen die Ereignisse ins Gedächtnis zurückzurufen, die jener Note vorausgingen. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hatte zu verschiedenen Malen feierlich erklärt, daß der Weltkrieg nicht mit einem Machtstreit enden sondern mit einem Rechtsfrieden enden sollte, und daß Amerika nur für dieses Kriegsziel in den Krieg eingetreten wäre. In diesem Sinne wurde die Forderung geprägt.“

„Keine Annexionen, keine Kontributionen, keine Strafzahlungen.“ Auf der anderen Seite verlangte der Präsident aber unbedingte Wiederherstellung des verletzten Rechtszustandes. Die positive Seite dieser Forderungen fand ihren Ausdruck in vierzehn Punkten, die der Präsident in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 niedergeschlagen. Sie verlangt vom deutschen Volk hauptsächlich zweierlei: 1. Verzicht auf wichtige Teile Reichsgebietes im Westen und Osten unter dem Gesichtspunkt nationaler Selbstbestimmung. 2. Versprechen der Wiederherstellung der besetzten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs. Auf beide Forderungen konnte sich die deutsche Regierung und das deutsche Volk einlassen, weil der Grundsatz der Selbstbestimmung der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands entsprach und die herauftreffenden Gebiete von deutscher Seite durch eine völkerrechtswidrige Handlung, nämlich durch Verleugnung der Neutralität, mit den Schrecken des Krieges überzogen wurden.

Das Selbstbestimmungsrecht des polnischen Volkes

anerkannte übrigens schon die frühere Regierung, sowie das an Belgien verübte Unrecht. Wenn man das durch Staatssekretär Lansing vom 5. November 1918 an die deutsche Regierung übermittelte Schreiben der Entente betrifft, der Wiederherstellung besetzter Gebiete näherer Auslegung bedarf, so war die Auffassung selbstverständlich, daß die Erzählplicht, die in der Auslegung festgesetzt wurde, sich nicht auf andere Gebiete beziehen konnte, als die, deren Schädigung als rechtswidrig zugegeben war und deren Herstellung, leitende Staatsmänner der Gegner als Kriegsziel betonten. So bezeichnete Präsident Wilson die Wiedergutmachung des Unrechts an Belgien in der Botschaft vom 8. Januar 1918 ausdrücklich als heiligen Alt, ohne den die ganze Struktur und Geltung des Völkerrechts unmöglich (?) Das Wort ist bei der Übermittlung verstimmt. (D. Red.) würden. Ebenso sagte der englische Premierminister Lloyd George in seiner Rede im Unterhause am 22. Oktober 1917: „Die vornehmsten Forderungen der britischen Regierung und ihrer Verbündeten waren stets völkerliche politische, territoriale und wirtschaftliche Wiederherstellung der Unabhängigkeit.“ Was hier für Belgien gesagt wird, müßte Deutschland auch für Nordfrankreich anerkennen; da die deutschen Heere nur auf dem Wege der Verleugnung der belgischen Neutralität französische Gebiete erreichten. Dieser Angriff war es, für den die deutsche Regierung die Verantwortlichkeit zugab, nicht aber die angebliche Schuld am Ausbruch des Krieges oder die äußerliche Tatsache, daß die formale Kriegserklärung von seiner Seite ausging. Die Bedeutung der Note des Staatssekretärs Lansing lag für die deutsche Regierung darin, daß die Entschädigungspflicht nicht auf die Wiederherstellung, sondern auf jeden Schaden ausgedehnt wurde, den die Zivilbevölkerung im besetzten Gebiet an Person oder Eigentum erlitten hatte, möge er im Verlauf der Kriegshandlungen zu Lande, zu Wasser oder von der Luft aus herbeigeführt sein. Das deutsche Volk

empfand wohl die Einseitigkeit, die darin lag, daß man ihm die Wiederherstellung Belgiens und Nordfrankreichs auferlegte, während man ihm eine Entschädigung für die Gebiete des deutschen Ostens versagte, die von Truppen des russischen Zarismus nach einem von langer Hand vorbereiteten Plan überfallen und verrostet wurden. Es anerkannte aber, daß der russische Überfall nach formellem Völkerrecht anders zu beurteilen war als der Einfall in Belgien und nahm deshalb von Erforderungen seinerseits Abstand. Wenn nunmehr die alliierten und assoziierten Regierungen die Ansicht vertreten wollten, daß für jede völkerrechtswidrige Handlung, die im Kriege begangen wurde, Schadenergäbniß geahndet wird, so will die deutsche Delegation die Grundsätzlichkeit dieses Standpunktes nicht bestreiten. Sie macht aber darauf aufmerksam, daß dann auch Deutschland erhebliche Schadenersatzansprüche aufzustellen hat, und daß die Erfüllungsverpflichtungen seiner Gegner, insbesondere gegenüber der durch die völkerrechtswidrige Hungerblödade unermesslich geschädigten deutschen Zivilbevölkerung, sich nicht auf die Zeit beschränken, wo Krieg beiderseits geführt wurde, sondern ganz besonders auch für die Zeit zutreffen, wo es nur eine Kriegsführung alliierter und assoziierten Mächte gegen ein freiwillig wehrlos gewordenes Deutschland gab. jedenfalls entfernt sich die Auffassung der alliierten und assoziierten Regierung von der deutschen Vereinbarung, die vor Abschluß des Waffenstillstandes geschlossen wurde. Sie löst eine

Endlose Reihe von Streitsfragen

am Horizont der Friedensverhandlungen emporsteigen und sie könnte zu einer praktischen Lösung nur durch eine impartheitliche internationale Schiedsgerichtsbarkeit gebracht werden, einer Schiedsgerichtsbarkeit, wie sie im Artikel 13 Abs. 2 des Entwurfs der Friedensbedingungen vorgesehen ist.

Dieser Absatz bestimmt: „Zu Fragen, die im allgemeinen eine schiedsgerichtliche Lösung zulassen, gehören Streitsfragen über die Auslegung eines Vertrages über alle Punkte des internationalen Rechts, über das Bestehen von Tatsachen, deren Eintreten der Verleugnung einer internationalen Verpflichtung bedeuten würde, oder über die Ausdehnung und Art der Wiedergutmachung, die im Falle solcher Verleugnung zu leisten wäre.“

Ew. Exzellenz weisen ferner in Ihrem Schreiben vom 20. Mai darauf hin, daß nach den Grundsätzen des internationalen Rechts kein Volk durch Veränderung seiner politischen Regierungsform, durch Wandel in den Personen seiner Führer, eine von seiner Regierung einmal eingegangene Verpflichtung zum Erlöschen bringen kann. Die deutsche Friedensdelegation ist weit davon entfernt, die Gerechtigkeit dieses Grundsatzes zu bestreiten; sie verwehrt sich auch nicht gegen die Durchführung des durch das Angebot der früheren deutschen Regierung vom 5. Oktober 1918 eingeleiteten Abkommens, sondern gegen die in dem Friedensentwurf enthaltene Bestrafung des angeblichen Vergehens seiner früheren politischen und militärischen Leiter. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika erklärte am 4. Dezember 1917, daß der Krieg nicht mit einem Racheakt irgend einer Art beendet werden sollte, daß keine Nation oder ein Volk beraubt oder bestraft werden sollte, weil unverantwortliche Herrscher des Landes ihrerseits schweres und verabscheuungswürdiges Unrecht begingen.

Die deutsche Regierung beruft sich nicht auf diese oder ähnliche Zusagen, um sich irgendwelchen völkerrechtlichen Verpflichtungen zu entziehen, aber sie fühlt sich genötigt, an sie zu erinnern, wenn man dem deutschen Volke die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges und die Haftbarkeit für alle Kriegsschäden auferlegen will. Noch in den öffentlichen Verhandlungen kurz vor Abschluß des Waffenstillstands wurde dem deutschen Volke mitgeteilt, daß Deutschlands Schicksal eine grundlegende Änderung erfahren würde, wenn es sich von seinem Herrscher trenne. Die deutsche Delegation möchte diese Worte Ew. Exzellenz gegenüber dahin richtigstellen, daß jene Zusage der alliierten und assoziierten Regierungen damals nur eine Kriegslist war, um den Widerstand des deutschen Volkes zu lähmen und daß diese Zusage hente zurückgenommen werden soll.

Schließlich macht Ew. Exzellenz geltend, daß die alliierten und assoziierten Mächte ein Recht haben, Deutschland nach den Methoden zu behandeln, die es beim Frankfurter Frieden und beim Frieden von Brest-Litowitza seinerzeit ange-

wendet habe. Die deutsche Delegation unterläßt es vorläufig zu prüfen, inwiefern sich diese beiden Friedensschlüsse von dem heute vorliegenden Friedensentwurf unterscheiden, denn für die alliierten und assoziierten Regierungen ist es heute zu spät, auf jene Präjudizien einen Rechtsanspruch zu gründen. Der Augenblick hierfür war gekommen, als sie vor der Wahl standen, die 14 Punkte des Präsidenten des Vereinigten Staaten von Amerika als Friedensbasis anzunehmen oder abzulehnen. In den 14 Punkten wurde ausdrücklich die Wiedergutmachung des Unrechts von 1870/71 verlangt und vom Frieden von Brest-Litowitza als von einem abschreckenden Beispiel geprägt. Die Alliierten und Assoziierten lehnen es damit ab, sich einen Gewaltfrieden der Vergangenheit zum Muster zu nehmen. Das deutsche Volk, das niemals die Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges auf sich nahm, kann mit Recht verlangen, daß ihm seine Gegner mitteilen, aus welchen Gründen und mit welchen Beweismitteln sie seine Schuld an allen Schäden und Leidern dieses Krieges als Unterlagen der Friedensbedingungen machen. Es kann sich daher nicht mit der Bemerkung abspeisen lassen, daß von den alliierten und assoziierten Regierungen durch eine Kommission in Fragen der Verantwortlichkeit Material gesammelt sei. Diese Lebensfrage des deutschen Volkes muß in aller Offenheit erörtert werden, denn die Methoden der Geheimdiplomatie sind hierbei nicht am Platze. Die deutsche Regierung behält sich vor, auf diese Angelegenheit zurückzukommen.“

Das deutsche Gegenprojekt.

Paris, 30. Mai. (P. A. T.)

Der Offizier der Mission bei der deutschen Friedensdelegation Oberst Henry, der gestern in Paris eintraf, händigte dem Sekretär der Friedenskonferenz um 2 Uhr 15 Minuten nachmittags den zweiten Teil der deutschen Gegenvor- schläge ein.

Das deutsche Gegenprojekt ist in drei Sprachen gedruckt (deutsch, französisch und englisch) und zählt annähernd 500 Seiten. Der Text der Friedensbedingungen der Alliierten vom 7. Mai war in zwei Sprachen, französisch und englisch, verfaßt und zählte 410 Seiten.

Ein bedeutender Teil des Personals der deutschen Delegation wird Versailles verlassen, um sich endgültig nach Berlin zurückzugeben. Es umfaßt hauptsächlich die Mehrzahl der technischen Beiräte, deren Arbeit beendet ist, der Sekretäre und einiger Journalisten, im ganzen etwa 50 bis 60 Personen.

Berlin, 30. Mai. (P. A. T.)

Der deutsche sozialistische Parteitag, der am 10. Juni nach Weimar einberufen war, wurde verlängert. Man erwartet nicht, daß die Verhandlungen bis zu dieser Zeit beendet sein werden. Es berichtet die Überzeugung vor, daß die sozialistischen Minister, deren Anwesenheit auf dem Parteitag unentbehrlich ist, zum 10. Juni noch nicht aus Versailles zurückgekehrt sein würden.

Graf Brockdorff über die Friedens- aussichten.

Aus Berlin wird gemeldet: Reichsminister Graf Brockdorff empfing einen Vertreter des „Vorwärts“ zu einem Interview, worin er folgendes ausführte: Ich kann die tiefe Sehnsucht der arbeitenden Massen, die während fünf Jahren entsetzlich litt, verstehe, und werde nichts unterlassen, um das Ziel der Sehnsucht zu erreichen. Ich kann mit der festen Absicht nach Versailles, das, was von dem früheren Wohlstand und Glück des deutschen Volkes noch übrig bleibt, zu retten. Aber der letzte Rest würde durch die uns überreichten Friedensbedingungen vernichtet und es fragt sich, ob nicht durch Verweigerung der Unterschrift eine Rettung eher zu erreichen wäre als durch Unterwerfung, wie sie die Unabhängigen verlangen. Ich werde bis zuletzt kämpfen, um aus dem Verhandlungsweg zu bestreiten, die drohende Lage Deutschlands zu verbessern. Über die deutschen Delegierter versündigen sich schwer an den Interessen der deutschen Arbeiterklasse, wenn sie Bedingungen unterschreiben, die nichts anderes als vorwiegende Hungersnot und Arbeitslosigkeit bedeuten.

Auf die Frage, ob der Minister nicht den Erfolg der Kundgebungen der unabhängigen Sozialdemokratie für Unterzeichnung fürchtet, antwortete Brockdorff: Kundgebungen können niemals den Erfolg haben, daß sie mich veranlassen, einen festen Entschluß aufzugeben, nichts zu unterschreiben, was nach meiner und aller Sachverständigen Überzeugung einer Verachtung des Volkes gleichkomme. Der Minister fährt dann fort, daß die deutsche Delegation von allen Missionen der Konferenz unzweifelhaft diejenige sei, die am demokratischsten zusammengesetzt ist. Er hofft, durch seine Haltung auch das Vertrauen der arbeitenden Massen der Entente zu gewinnen, von denen er nicht annimmt, daß sie irgend etwas über seine bisherige politische Tätigkeit kennen, da das Volk, welches nicht einmal den Wortlaut der dem deutschen Volke gestellten Bedingungen erfaßt, sicher nicht über die politische Tätigkeit einzelner Delegierter unterrichtet ist. Über die Auseinandersetzung Haases, die Weltrevolution werde die Unterschrift des Vertrages zerlegen, meinte der Reichsminister: Als ich nach Versailles kam, hatte ich die feste Hoffnung, daß endlich ein neues Zeitalter beginnen würde, in dem man nur Unterchristen vollzieht, die von beiden Seiten geachtet werden. Die Hoffnung auf Gründung einer nationalen Moral gebe ich nicht auf und ich werde darnach handeln. Ein „straf of paper“, ein bloßer Zettel Papier wird meine Unterschrift niemals tragen.

Eine Täuschung.

Berlin, 30. Mai. (P. A. T.)

Indem das „Berliner Tageblatt“ die Stimmen der französischen Presse kommentiert, die ankündigen, daß die Deutschen den Frieden unterzeichnen werden, bemerkt es ausdrücklich, daß die ausländische Presse sich einer Täuschung hingibt, wenn sie annimmt, daß die Deutschen den Vertrag unterzeichnen werden. Dies beruht nach Meinung des „Berliner Tageblatt“ auf der ungenauen Einschätzung der wirklichen Lage der Dinge.

Die deutschen Schiffe.

Paris, 30. Mai. (P. A. T.)

Auf der Grundlage des im Rat der vier abgeschlossenen Vertrages haben die alliierten Mächte entschieden, daß alle den Deutschen weggenommenen Schiffe in amerikanischen Häfen untergebracht werden sollen.

Nauen, 30. Mai. (P. A. T. Pos. Funkspr.)

Die Verluste der deutschen Marine während des Krieges betragen zusammen: 1 Linienschiff, 1 Schlachtschiff, 6 ältere Panzerkreuzer, 3 moderne, 10 ältere Kreuzer, 7 Kanonenboote, 3 Flugabwehrboote, 39 Torpedobootezerstörer, 21 große und 41 kleine Torpedoboote, 28 Minensucher, 9 Hilfskreuzer und 199 Unterseeboote.

Die unabhängigen Schiffe in den Rheinprovinzen?

Berlin, 30. Mai. (P. A. T.)

Die Blätter melden, daß gewisse Bestrebungen der Bevölkerung der Rheinprovinzen auf Unabhängigkeit zu beobachten seien. Der preußische Ministerpräsident Hirsch bemerkt, daß die Regierung alle Mittel anwenden werde, um einen eventuellen Staatsstreich vorzubereiten.

Nauen, 30. Mai. (P. A. T. Pos. Funkspr.)

Angesichts der Drohung der deutschen Arbeiter, die beim Elektrizitätswerk Krefeld beschäftigt sind, kündigte der belgische Kommandant an, daß die Forderungen der Arbeiter geprüft werden würden. Wenn die Arbeiter trotzdem ungeachtet dessen die Arbeit niedergelegt sollten, so würden 30 von ihnen erschossen werden. Die Drohung hatte Erfolg, es wurde nicht gestreikt.

Die Bedingungen an die Österreichische überreicht.

Paris, 30. Mai. (P. A. T.)

Heute, am Freitag, wurde der österreichischen Delegation der erste Teil der Friedensbedingungen überreicht, die Maßnahmen bezüglich der Gebiete See- und Lustschiffahrt enthalten. Die Finanz- und Wirtschaftslandschaften werden später überreicht werden.

Keine Verhandlungen mit der Türkei und Bulgarien.

Paris, 30. Mai. (P. A. T.)

Bei Besprechung des Friedensschlusses mit der Türkei und Bulgarien bemerkte das „Journal des Débats“, daß dem einen wie dem anderen Staate die Bedingungen diktirt werden müssen, und man sich nicht in Verhandlungen einzulassen dürfe. Der „New York Herald“ erjährt, daß sofort nach der Ueberreichung der Friedensbedingungen an Österreich die Reihe an Bulgarien kommen werde.

Eine amerikanische Absage an Wilson.

Das Mitglied der amerikanischen Friedensdelegation Büllitt bekräftigt seinen Austritt aus der Delegation mit folgendem Brief an den Präsidenten Wilson:

„Mein lieber Präsident! Ich habe dem Staatsdepartement heute meine Entlassung als Mitarbeiter der amerikanischen Friedensdelegation eingereicht. Ich bin einer der Millionen, der rücksichtslos Ihrer Führung vertraute und glaubte, sie wollte nicht Geringeres als einen dauernden Frieden erreichen, und zwar auf der Basis einer selbstlosen Gerechtigkeit. Aber die Regierung hat sich nunmehr dafür entschlossen, lebende Völker der Welt neuen Unterdrückungen und Verhöhnungsangriffen auszusetzen, und ein neues Jahrhundert des Krieges zu eröffnen. Ich kann mich nicht davon überzeugen, daß die jetzige Regierung auf dem Wege zum Ziele „Neue Weltordnung“ tatsächliche Arbeit leiste. Außlands ausgesprochener Beweis von gitem Willen ist unverstanden verhaft. Ungerechte Entschlüsse, wie die über Schantung, Tirol, Ungarn, Saarwelle, und die Preisgabe wichtiger Freiheiten führen zu neuen Konflikten. Meiner festen Überzeugung nach ist der durch den vorliegenden Entwurf geschaffene Völkerbund viel zu machtlos, um diese Kriege zu verhindern. Die Vereinigten Staaten werden als Partner des Völkerbundes und durch enges Einverständnis mit Frankreich in diese Konflikte verwickelt werden. Daher ist es Pflicht der Regierung der Vereinigten Staaten, zum Wohl ihres Volkes und dem der Menschheit Unterdrückt und Konsolidation des eingereichten Vertrages durch Nichtbeitritt zum Völkerbund und damit engeres Zusammensehen mit Frankreich zu verweigern. Es ist nur allzu bekannt, daß Sie sich selbst den ungerechten Abmachungen widersehen und daß Sie ihnen nur unter stärkstem Druck beipflichten. Trotzdem geht meine Überzeugung dahin, daß, wenn Sie den Kampf anstatt hinter verschlossenen Türen offen ausgefochten hätten, die öffentliche Meinung der Welt auf Ihrer Seite gewesen wäre und diese Sie in die Lage versetzt hätte, allen Anführern zu widerstehen, mit denen Sie nicht einverstanden gewesen wären. Und so wären Sie in der Lage gewesen, eine neue Weltordnung auf einer breiten Grundlage von allgemein gültigen Grundlagen von Recht und Gerechtigkeit, von denen Sie stets zu sprechen pflegten, zu errichten. In Wahrheit kämpfen Sie für unseren Untergang. Es ist bedauerlich, daß Sie so wenig Vertrauen zu Millionen hatten, die bei allen Nationen der Welt so dachten wie ich.“

Verlangt überall die

Lodzer Freie Presse!

Försters Hainchen.

Roman von W. Norden.

(34. Fortsetzung.)

Und in sich überstürzender Rede erzählte er dem hoch aufschreckenden Lottchen sein Zusammentreffen mit Graf Lindenholz und welche Folgen es gehabt.

Zuerst wollte Lottchen ihm nicht glauben, als er gesendet hatte.

Dann weinte sie, dann lachte sie, und dann umschlängte sie ihn und tanzte wirbelnd mit ihm durch die Stube.

Heiße, das war ein Abend!

Zuerst eilte Lottchen noch einmal hinunter und holte ein paar Flaschen Bier, sowie Petroleum für die Lampe.

Dann machte sie es in dem Zimmer behaglich. Unter Lachen und Jubeln deckte sie den Tisch mit weißem Linnen, und dann aßen sie, wie sie lange nicht geessen hatten.

Ja, das war ein Mahl!

Die Liebe und die Hoffnung saßen mit ihnen an Tische, — und gibt es wohl eine bessere Tischgesellschaft?

Beinahe zwischen jedem Bissen gab es einen Lufz; eng aneinandergeschmiegt, entwarfen sie bösige Zufallsbilder, und Bruno von Brandenburg erinnerte sich nicht, daß ihm früher in seinen guten Tagen Rebhühner und Trüffelpasteten jemals gut gemeldet hätten, als jetzt Brot und Schinken und einige Oelsardinen an der Seite seines jungen, lächelnden Weibes.

Lofales.

Lodz, den 31. Mai.

Keine Freigabe des Getreide- und Kartoffelhandels.

Im Verpflegungsministerium begann am Mittwoch eine Konferenz in einer überaus wichtigen Frage. Es handelt sich um die Entscheidung der Frage, ob im Verkehr mit Erdfrüchten von der neuen Ernte ab das bisherige System abgeschafft und der Handel freigegeben, oder ob ein anderes System eingeführt werden soll, das die Ernährung der Bevölkerung in die richtiger Bahnen lenken könnte. Das Verpflegungsministerium hat wichtiges statistisches Material vorbereitet, das den Stand der voraussichtlichen Ernte betrifft. In 4 Tafeln werden die Zahlen der Brotfrügsproduktion und der in diesem Jahre im früheren Königreich Polen, dem Bezirk Bielsko, im Teschener Schlesien, in Galizien, Oberschlesien, der Provinz Posen, in Westpreußen und in den der Volksabstimmung unterliegenden Gebieten vorauszuhenden Ernte angeführt. Die Auszüge sind nicht erfreulich. Weizen werden wir in den genannten Gebieten im Verhältnis zu den Brotfrügsarten 38 Proz. Roggen 56 Proz., Gerste 45 Proz., Hafer 40 Proz., Kartoffeln 43 Proz. (nach Abzug des Saatguts) ernten. Die Produktion an Weizen und Roggen wird 30.285 Tausend Kubikmeter betragen, benötigt werden über 41.287 Gerste-Produktion 5.645, Verbrauch 4.480; Kartoffeln: Produktion 79.243 Verbrauch 71.348. In den Teilgebieten ist das Verhältnis der Produktion zum Verbrauch ein sehr ungleichmäßiges — so wird im früheren Königreich Polen, im Bezirk Bielsko, im Teschener Schlesien und in Galizien ein Mangel festgestellt, während Oberschlesien, die Provinz Posen und Westpreußen einen bedeutenden Überfluss besitzt.

Als Norm der Lebensmittelration weisen die Tafeln auf: 300 Gramm Roggennmehl und Weizenmehl, was 132 Kilogramm jährlich ausmacht, plus 12 Kilogramm Gerste. Kartoffeln 750 Gramm jährlich oder 275 Kilogramm jährlich. Die Höchstnorm — 190 Kilogramm Roggen und Weizen und plus 20 Kilogramm Gerste.

Wenn wir in die Zukunft schauen, so können wir darüber nicht im Zweifel sein, daß unsere Bevölkerung sich selbst nicht ernähren kann. Ein Drittel der nötigen Erdfrüchte müssen eingeführt werden. Es entsteht Zweifel in bezug auf die Einwände aus Amerika. Man glaubt, daß die Vereinigten Staaten von der neuen Ernte weder Mehl noch Getreide liefern werden. Auch tritt hier noch der Schiffsmangel hinzu. Höchstwahrscheinlich wird die polnische Regierung, sofern sie die amerikanischen Lieferungen benutzen will, eine Abordnung nach Amerika schicken und die Einfüsse selbst besorgen, was jedenfalls die Kosten vergrößern dürfte. Das die 25 Ostkreise betreffende Referat weist darauf hin, daß die Landesproduktion kaum für die Hälfte der Bevölkerung ausreicht. Von den 3 Millionen der Bevölkerung dieser Kreise müssen 2 Millionen mit Lebensmitteln versorgt werden. Bei der Kohlenverkaufsstelle erhielt werden. Bei der Kohlenabnahme muß außer der Kohlenkarte auch der Paß vorgelegt werden. Die Quittungen sind nur am Tage der Löschung gültig.

Wo ist der Kasse hingekommen? Aus ersten kaufmännischen Kreisen erhalten wir, so schreibt die „Gazeta Poranna“ die folgende Information: Vor einem Monat trafen in Warschau vier Waggons rohen Kaffees ein. Die ganze Sendung übergeben die Staatsbehörden drei Warschauer Kästereien zum Rösten. Gleichzeitig erfuhrn kaufmännische Kreise, daß dieser Kaffee der Bevölkerung zu 10 Mark für das Pfund verkauft werden wird. Infolgedessen fiel

9.

Hannchen wandte ahnungslos zwischen den Weizdornhecken bahn, als plötzlich in einiger Entfernung vor ihr eine Gestalt auftauchte, die bei ihrem Anblick zu flüchten schien, dann aber mit schnelleren Schritten näher kam.

Es war Ferdinand, der Kammerdiener des Grafen Artur.

Er hatte in dem Dorfe eine Besorgung zu machen gehabt und befand sich jetzt auf dem Rückwege nach dem Schlosse.

Nach seiner Meinung war es nun ein ganz besonders glücklicher Zufall, der ihm die junge Frau Rohde in den Weg geführt hatte.

Sie hatte ihm längst gefallen, und vollends seit er gestern die Unterredung zwischen Rohde und seinem Herrn besaßt, ging sie ihm nun gar nicht aus dem Sinne.

Sie hatte so etwas Nettes, Schlankes und dabei doch Kundiliches an sich, wie es ihm just gefiel.

Nun —, und er? Den Teufel auch, er war doch ein schneidiger Bursche!

Als er in Breslau beim Militär gestanden, hatte er bei allen Köchinnen und Stubenmädchen ein zielhaftes Glück gehabt, fast mehr Glück noch, als es sein Herr, der Rittmeister, bei dem er Bursche gewesen, bei den Damen vom Ballett und den kleinen Choristinnen gehabt!

War er nicht auch wirklich ein hübscher Mensch? Freilich, seine Augen waren ein bisschen wasserblau und schwimmend, aber seinen Verehrerinnen hatte gerade das besonders gefallen. Sie hatten es ja nicht schwärmerisch genannt. Freilich, sein Gesichtsausdruck war ein wenig einsäsig, aber er wußte es besser, daß dieser Ausdruck log.

mittelrationen für die Bevölkerung, die Kräfte zur Arbeit benötigt, für schädlich an. Er schlägt vor, den freien Handel einzuführen. Dr. Raczyński ratet die Reglementierung des Getreides bis zu einem Mindestmaß einzuführen und für das Verstecken von Getreide hohe Strafen zu bestimmen. Außerdem soll in diesem Falle das Enteignungsgebot in Kraft treten; für die Angabe von versteckten Getreidevorräten sollen Belohnungen ausgeschetzt werden. Eine Reihe von Posenschen Delegierten fordert die Aushebung der Zwangslieferungen und die Einführung des freien Handels. Im Namen der C. T. R. (Zentraler Landwirtschaftlicher Verein) und des Landwirtschaftsverbandes wurde der Antrag gestellt, daß die Regierung gegen die unrechtmäßige Ausfuhr aus den Grenzen des Reiches vorgehe, damit sie für die Armee und die arbeitende Bevölkerung nötigen Lebensmittel behalte. Desgleichen sollen die Landarbeiter verpflichtet werden, Früchte in folgender Menge abzuliefern: Von Besitztümern, die 10—100 Morgen groß sind, 20 Kilogramm vom Morgen brauchbaren Bodens, bei Besitztümern über 100 Morgen 40 Kilogramm. Besitztümner unter 10 Morgen brauchen nichts abzuliefern. Der Rest des Getreides wird dem freien Handel überwiesen; doch wird zur Vermeidung der Spekulation die Ansammlung von Getreide verboten werden müssen.

Der Präsident der Stadt Lodz, Rzewski, griff diejenigen Kreise heftig an, die sich mit der Spekulation beschäftigen und mit den ausgehungerten Städten wie mit dem Feuer spielen. Er fordert das Einschreiten der Regierung, damit die Produzenten gezwungen werden, für die Städte das nötige Getreide und die Kartoffeln anzustellen.

Gegen die Freigabe des Handels sprachen außerdem noch die Vertreter Galiziens und Teschens sowie die Arbeiterverbände und Kooperativen. Mit Stimmenmehrheit wurde beschlossen, daß System der staatlichen Ingerenz im Verkehr mit Getreide und Kartoffeln beizubehalten. Zur Bearbeitung der Anträge wurde eine besondere Kommission gewählt.

Kohlenverkauf. Wir berichteten am Donnerstag, daß die Verpflegungsdeputation des Magistrats vom Montag ab zum Verkauf von Kohle an die Kooperativen nicht angehörende Bevölkerung schreiten wird. Es werden je 1/4 Körz. Kohlen gegen Kohlenkarte auf folgenden Kohlenplätzen verkaufen werden: Węglowa 3, Petrikauer Straße 311 und Konstantynowska 99. Der Preis eines 1/4 Körz. beträgt M. 3.75. Der Verkauf wird nach den Anfangsbuchstaben der Namen in folgender Ordnung vor sich gehen: Montag und Dienstag (2. und 3. Juni) A, B, C; Mittwoch und Donnerstag (4. und 5. Juni) D, E, F; Freitag und Samstag (6. und 7. Juni) G, H, I; Dienstag, Mittwoch und Donnerstag (10., 11. und 12. Juni) K, L, M; Freitag und Samstag (13. und 14. Juni) N, O, P; Montag und Dienstag (16. und 17. Juni) R, S, T; Mittwoch und Freitag (18. und 20. Juni) U, V, W, Z. Nach Maßgabe der Ziffern werden neue Kohlenverkaufsstellen eröffnet werden. Bei der Kohlenabnahme muß außer der Kohlenkarte auch der Paß vorgelegt werden. Die Quittungen sind nur am Tage der Löschung gültig.

Wo ist der Kasse hingekommen? Aus ersten kaufmännischen Kreisen erhalten wir, so schreibt die „Gazeta Poranna“ die folgende Information: Vor einem Monat trafen in Warschau vier Waggons rohen Kaffees ein. Die ganze Sendung übergeben die Staatsbehörden drei Warschauer Kästereien zum Rösten. Gleichzeitig erfuhrn kaufmännische Kreise, daß dieser Kaffee der Bevölkerung zu 10 Mark für das Pfund verkauft werden wird. Infolgedessen fiel

Wer den Ferdinand für dummkopf hält, irrt sich nach seiner Überzeugung ganz gewaltig.

Und nun dieser Schnurrbart! War nicht dieser Schnurrbart allein ein Meisterwerk der Natur, mit seinen aufwärtsstrebenden, bürstenartig auseinandergetrennten Spigen?

Selbst den Neid und die Bewunderung des Rittmeisters hatte er erregt.

„Ferdinand,“ hatte er einmal zu ihm gesagt, „Dein Schnurrbart ist geradezu imposant, und wenn Du nicht so ein schäfisch-dämliches Gesicht hättest, dann — !“

Na ja, der Herr Rittmeister beneidete ihn eben.

Und mit diesen Vorzügen, zu denen noch eine staatliche Figur kam, die sich in der gräßlichen Wore aufs vorteilhafteste präsentierte, hätte er keinen Eindruck auf eine Bauernfrau machen sollen? Seine Erscheinung, die von den städtischen Bösen und Köchinnen bewundert ward, hätte nicht das Entzücken einer Dörflerin bilden müssen?

Für Ferdinand gab es überhaupt nur zwei Menschenarten: Städter und Landleute.

Die ersten, die höhere Gattung, teilte er wiederum in zwei Klassen ein, und zwar in solche, die Trinkgeld gaben, — nach seiner Überzeugung der Idealtypus des Menschen in seiner höchsten Vollkommenheit! — und zweitens in solche, die keine Trinkgelder gaben.

Diejenen — was auch immer sie sein und welchen Titel sie führen möchten — ungesähr mit ihm auf einer Stufe.

Er behandelte sie mit einem nachsichtigen, freundlichen Wohlwollen, wenn sie ein „von“ vor ihrem Namen oder einen ganz besonderen Titel hatten, ja sonst und schwärmerisch genannt. Freilich, sein Gesichtsausdruck war ein wenig einsäsig, aber er wußte es besser, daß dieser Ausdruck log.

Diejenigen — was auch immer sie sein und welchen Titel sie führen möchten — ungesähr mit ihm auf einer Stufe.

Der Preis für Kaffee von 800 auf 600 Mark für das Pfund. Da inzwischen ein Zeitraum vergangen ist, der zum Kosten dieses Kaffees vollständig genügt, und von dem Verkauf derselben immer noch nichts zu hören ist, ist der Preis des Kaffees auf dem Markte wieder gestiegen und zwar bis auf 1.040 Mark für das Pfund.

Selbsthilfe der Ladenbesitzer. In Lodz entschließt, polnischen Blättern zufolge, ein Laden- und Handelshausbesitzerverein, dessen Aufgabe hauptsächlich Selbsthilfe gegen den Wohnungswucher sein wird. Zwecks Verwirklichung ihrer Ziele haben die Begründer eine Denkschrift ausgearbeitet, die dem Reichstag zugehen wird. Zur Gründung des Vereins gab die den Ladenbesitzern zugesetzte Kündigung der Lokale vom 1. Juni d. J. und Erhöhung des Mietpreises um 300% den Anstoß. Eine Kommission beschäftigt sich mit der Registrierung aller Ladenbesitzer, um geschlossen gegen die Hausbesitzer vorzugehen.

Neue Stadtverordnete. In der Stadtverordnetenversammlung vom 28. Mai wurde bekanntgegeben, daß die Stadtverordneten Jawisz und Dr. Kozenzweig ihre Mandate niedergelegt haben. An die Stelle des ersten tritt Herr Waszkiewicz und an die des zweiten Frau Esther Syngier.

Die nächsten Stadtverordnetenversammlungen finden am Montag, den 2. Juni, und Donnerstag, den 5. Juni, statt.

Schulrat. Die nächste Sitzung des Schulrats findet am Montag, den 2. Juni, statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Frage der Eröffnung von neuen Schulen und Abteilungen sowie die Angelegenheit der Schaffung eines Disziplinaramts.

Die Konferenz für Fachschulbildung. Gestern fand eine Besichtigung der Lodzer Fachschulen statt. Frühmorgens traf der Sektionschef Dr. Młaszewski in der Handwerkerchule des christlichen Wohltätigkeitsvereins, Wodzisz, ein, wo er von den Vormündern dieser Anstalt, von Herrn Kozminski und Ing. Wagner, begrüßt wurde. Er besichtigte hier eingehend sämtliche Werkstätten, Klassen und die Kabinette mit den Lehrmitteln. Daraus begab sich Ing. Młaszewski in das frühere Schulgebäude in der Panskastraße 115, wo er sämtliche Pavillons und Laboratorien der früheren Manufaktur-Industrie-Schule besichtigte. Da das Frontgebäude dem Bezirksgericht abgetreten ist, konfisierte Dr. Młaszewski mit dem Präses des Gerichts, Herrn Hoffmann, über die Zurückgabe dieses Gebäudes. Nach Meinung des Sektionschefs wäre es viel richtiger, ein besonderes Gerichtsgebäude zu erbauen. Von hier aus begab sich der Sektionschef in die Handwerkerchule des Schulvereins „Talmud-Tora“, wo er Einblick in das Schulleben nahm.

Das Russische Komitee zu Lodz ersucht uns, folgende Zeilen zu veröffentlichen: Wir haben in Erfahrung gebracht, daß einige unbekannte Personen, die sich als russische Rückwanderer ausgeben, in die Häuser gehen und um Wäsche und Kleidungsstücke bitten. Um weiteren Missbrauch vorzubeugen, eruchen wir höflich, alle russischen Militär- und Zivilpersonen, die um irgend eine Unterstützung bitten, in die Kanzlei des Russischen Komitees, Dziedzicstr. 40, zu schicken. Freiwillige Spenden jeglicher Art, nehmen wir in unserer Kanzlei gern entgegen.

Anmeldung der Ledervorräte der Schuhmacher. Die heutige Ausgabe unseres Blattes enthält den polnischen Text der amtlichen Bekanntmachung des Verpflegungsreferenten, die in unserer Donnerstagsausgabe veröffentlicht war.

Ein Laden für Soldaten soll von dem Hilfsverein für den polnischen Soldaten angelegt werden. Der Magistrat wurde um einen Zu- schuß gebeten.

Ganz, ganz tieg unter die beiden Klassen standen die „Bauern“, worunter er alles verstand, was auf dem platten Lande lebte, — natürlich ausgeschlossen die adeligen Herren auf ihren Schlössern.

Ob es sich nun um einen Hofsarbeiter, um einen Tagelöhner, um einen Knecht, um eine Magd oder einen Hofsitzer handelte, das galt ihm alles gleich. Bauer war Bauer.

Und wenn er, der Städter, — sein Vater war ein kleiner Tischlermeister in Breslau, — sich herbeilte, einen solchen nur zu grüßen, so mußte er sich sehr gehetzt fühlen von dem Wohlwollen, das ihm Ferdinand entgegenbrachte.

Und dann der „Blü“, den er hatte! Das machte ja natürlich nicht nur seine städtische Erziehung, sondern auch seine stetige Berührung mit vornehmen Herrschaften.

